

## Stuttgart 21 ist mehrfach demokratisch legitimiert!

Die Entscheidung für Stuttgart 21 beruht auf einer breiten demokratischen Basis. Über 15 Jahre hinweg haben verschiedene Parlamente mit großer Mehrheit den Planungen und dem Projekt zugestimmt. Angefangen beim Stuttgarter Gemeinderat über die Regionalversammlung und den Landtag bis hin zum Deutschen Bundestag!

In einer parlamentarischen Demokratie ist es das übliche und bewährte Verfahren, dass Parlamente stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger Politik gestalten und Entscheidungen treffen. Die Parlamente werden dafür in freien und demokratischen Wahlen bestimmt.

## Bürger wurden über Jahre hinweg eng beteiligt

Über 200 Mal stand „Stuttgart 21“ auf der Tagesordnung des Stuttgarter Gemeinderats. Früh wurden die Bürgerinnen und Bürger in Form von Bürgergesprächen an der Gestaltung aktiv beteiligt. Seit langem können sich die Menschen bei Führungen und im Turmforum ausführlich informieren. Rund 10.000 Bürger haben sich im Rahmen der Planfeststellungsverfahren mit ihren Positionen eingebracht. Die Bürger wurden nicht übergangen. Sie wurden beteiligt.

## Warum gab es kein Bürgerbegehren zu Stuttgart 21?

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat ein kommunales Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21 2009 abgelehnt, weil bindende Gemeinderatsbeschlüsse damals schon vorlagen und rechtlich verbindliche Vereinbarungen geschlossen wurden. Die Richter urteilten, dass Bürgerentscheide gegen bestehende vertragliche Verpflichtungen das Vertrauen in die Bindungswirkungen von Verträgen mit Gemeinden und Städten nachhaltig erschüttern würden.

## Klares Bürgervotum für Stuttgart 21 bei Wahlen

Stuttgart 21 wurde von den Grünen bei vielen Wahlen zum Entscheidungsthema stilisiert: bei der OB-Wahl 2004, bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009. Die Wähler votierten mehrheitlich aber für die jeweiligen CDU-Kandidaten. 2009 kandidierte Cem Özdemir in Stuttgart. Seine Botschaft: „Wenn ich das Direktmandat hole, kippt Stuttgart 21.“ Die Mehrheit sprach sich gegen ihn aus, wählte den CDU-Kandidaten und votierte damit für Stuttgart 21.

## Chronologie der Beschlüsse von Stadt, Region, Land und Bund

- 1.03.1995 **Regionalversammlung** bekundet (bei nur einer Enthaltung), das Projekt zu unterstützen und auf die Realisierung hinzuwirken.
- 7.11.1995 **Gemeinderat** Stuttgart stimmt der Rahmenvereinbarung zu.
- 16.02.2000 **Regionalversammlung** beschließt finanzielle Beteiligung.
- 18.07.2007 **Regionalversammlung** stimmt mit 70:12 Stimmen für eine Aufstockung der Beteiligung.
- 24.07.2001 **Gemeinderat** Stuttgart stimmt der Realisierungsvereinbarung zu.
- 12.10.2006 **Landtag** fasst Grundsatzbeschluss für die Neubaustrecke und S 21.
- 24.07.2007 **Landtag** stimmt dem „Memorandum of Understanding“ zur Realisierung der Neubaustrecke und des neuen Durchgangsbahnhofs zu.
- 4.10.2007 **Gemeinderat** Stuttgart stimmt dem Abschluss der Ergänzungsvereinbarung zu.
- 28.11.2008 **Bundestag** stimmt dem Bundeshaushalt mit Mitteln für S 21 zu.
- 17.12.2009 **Bundestag** lehnt Moratorium ab.